

Zum Ergebnis der französischen Parlamentswahlen und seinen Folgen

Zwischen alten Trug- und neuen Kurz-Schlüssen

Danny Leder, Paris

Die Wiederwahl von Präsident Emmanuel Macron im April hatte Trugschlüsse bezüglich seines Rückhalts in der Bevölkerung ausgelöst. Die nachfolgenden Parlamentswahlen haben jetzt das Schrumpfen der Anhängerschaft des liberalen Staatschefs offenbart. Aber der gleichzeitig verzeichnete, ansehnliche Vormarsch des neuen Linksbündnisses (die linksalternative Partei des Tribuns Jean-Luc Melenchon, SP, Grüne und KP) könnte zu weiteren Kurzschlüssen verleiten. Wird er doch vom Erfolg von Marine Le Pen überschattet. Ihrer Rechtsaußen- Partei, dem „Rassemblement national“ (RN), gelang es, im Alleingang, in 89 Wahlkreisen erstmals die Hürde des in Frankreich geltenden Majoritätssystems zu überwinden und sich als mandatsstärkste Einzelkraft der Opposition in der neu gewählten französischen Nationalversammlung zu präsentieren. Das Regierungslager um Macron, das seine vormalige absolute Mandatsmehrheit eingebüßt hat, bemüht sich vornehmlich um Absprachen mit Abgeordneten der – geschwächten – bürgerlichen „Republikaner“ und den – spärlichen – sozialistischen Mandataren, die sich nicht der Linksunion angeschlossen haben. Dabei neigen die um Macron gescharten Kräfte (die Sammelpartei „Renaissance“ und zwei selbständige kleine Zentrumparteien) zu einer Gleichsetzung zwischen der Partei des Linkstribuns Jean-Luc Melenchon (LFI – „La France insoumise“) und dem RN von Le Pen. Was dazu geführt hat, dass zwei Vertreter der RN erstmals ins Parlamentspräsidium gelangten – auch mit Hilfe von Stimmen aus dem Regierungslager um Macron.

Das Ergebnis der jüngsten französischen Parlamentswahlen, die das Regierungslager von Emmanuel Macron um seine absolute Mandatsmehrheit

brachte, war ein zeitversetzter und deswegen umso heftiger Rückschlag für den liberalen Staatschef.

So hatte die Wiederwahl von Macron mit 58,55 Prozent der Stimmen im zweiten Durchgang der Präsidentenwahlen, nur zwei Monate zuvor, vor allem im Ausland, sowohl im links- als auch rechtsliberalen pro-europäischen Beobachter-Spektrum eine Aura der trügerischen Gewissheit erzeugt. Aber etwa die Hälfte dieser 58 Prozent waren keine Pro-Macron-Stimmen. In Wirklichkeit verdankte er seine breite Wiederwahl hauptsächlich dem Umstand, dass etliche Linkswähler, die ihn eigentlich ablehnten, doch noch für ihn stimmten. Und zwar nur um Macrons Gegnerin in der Stichwahl, der Rechtsaußen-Politikerin Marine Le Pen, den Weg an die Staatsspitze zu verwehren.

Bei den Parlamentswahlen bot sich diesen Wählern die Gelegenheit, für ein Bündnis aller Linksparteien (NUPES – „Neue ökosoziale Volksunion“) zu stimmen. Der im französischen Traditionsgefüge weit links angesiedelte Tribun Jean-Luc Melenchon, der bei den Präsidentenwahlen auf fast 22 Prozent gelangt war (während alle übrigen Linkskandidaten weit abgeschlagen blieben), brachte knapp vor der Parlamentswahl diese neue Union der Linken noch auf die Reihe.

Melenchon war in den Parlaments-Wahlkampf mit der Behauptung gezogen, die NUPES werde die absolute Mandatsmehrheit erringen, und er würde dann als Premierminister dem Staatschef Macron die Macht defacto wieder entreißen. Die Umfragen gingen zwar nicht so weit, voraussagten aber einen Erfolg des Linksbündnisses, der die Parteien-Allianz von Macron um ihre absolute Mandatsmehrheit bringen würde.

Das unwiderstehliches Bündnisangebot von Melenchon

Allein die Tatsache, dass dieses Bündnis zwischen den ansonsten rivalisierenden Kräften der Linken zustande kam, hatte eine euphorisierende Wirkung. Zwar gab innerhalb dieser Union die Bewegung von Melenchon (LFI – „La France insoumise“, sinngemäß: Das unbeugsame Frankreich) den Ton an, aber Sozialisten, Grüne und KP konnten sich diesem Bündnisangebot nur schwer verschließen. Auf das mehrheitlich linksökologische Mittelschichtmilieu der urbanen Zentren Frankreichs übte diese neue Linksunion eine quasi unwiderstehliche Anziehungskraft aus. Es handelte sich weitgehend um die selben Wähler, die bereits bei den landesweiten

Gemeinderatswahlen 2020 in allen größeren und auch einigen mittleren Städten grüne oder grün-kompatible Bürgermeister/innen ins Amt gehievt hatten. Dazu muss man auch Paris rechnen, wo die ökologisch vorpreschende Sozialistin Anne Hidalgo, die in Koalition mit den Grünen und der KP bereits im Amt saß, wieder gewählt wurde.

Die Linksunion unter Melenchon konnte darüber hinaus aber auch die rührigen Jungen aus der Klimarettungs-Bewegung, die engagiertesten Gewerkschaftsaktivisten, etliche Initiativgruppen aus Migrantenfamilien in den Vororten und Wähler im Arbeitermilieu, die weder zu Marine Le Pen noch in die chronische Wahlenthaltung gerutscht waren, sammeln.

Das Unbehagen vieler Linkswähler gegenüber Melenchon

Allerdings äußerten bei Nachfrage, viele Wähler der Linksunion spontan Vorbehalte gegenüber Melenchon als Führungspersönlichkeit. Seine autoritären Züge, seine Wutausbrüche, seine Nähe zum Regime in Kuba und zu lateinamerikanischen Links-Caudillos wie Hugo Chavez oder seinen Nachfolger Nicolas Maduro, seine erklärte Absicht, Frankreich aus der Nato herauszuführen bei gleichzeitigem Wohlwollen gegenüber Putin (zumindest bis zu dessen Überfall auf die Ukraine) und gegenüber der Staatsführung Chinas (Die Abgeordneten der Partei von Melenchon widersetzten sich einer Parlamentsresolution, die die gnadenlose Unterdrückung der muslimisch geprägten Uiguren als „Völkermord“ brandmarkte), seine gelegentlichen Abstecher in Verschwörungstheorien und anti-jüdischen Andeutungen – all dies sorgt für Unbehagen, wie es mir Wähler der Linksunion in Gesprächen immer wieder anvertrauten. Aber meistens beruhigten und rechtfertigten sie sich mit dem Verweis darauf, dass sich unter den Kandidaten der Linksunion eben auch Angehörige anderer Linksparteien befanden, die Melenchons Abartigkeiten nicht teilten.

Jedenfalls wollten die meisten Linkswähler die Chance nicht vergeben, den Rechtsaußen-Kräften die Führungsrolle als radikale Alternative zu Macron zu entreißen. Das ist der Linksunion jetzt auch geglückt, indem sie insgesamt auf 150 Mandate kam, während die Allianz um Macron (Seine Kernpartei „Ensemble“, vormals „La Republique en marche“, und zwei kleine Bündnispartner) von vormals 351 auf 244 Sitze abstürzte (die absolute Mehrheit liegt bei 289 Mandaten, insgesamt waren 577 Sitze in der Nationalversammlung, also dem französischen Unterhaus, zu vergeben).

Die mulmig stimmende Sensation: der Erfolg von Marine Le Pen

Aber die wirkliche, mulmig stimmende Sensation, die die Meinungsforscher nicht eruiert hatten, war das hervorragende Abschneiden des „Rassemblement national“ (RN) von Marine Le Pen. Von vormals 8 schnellte das RN auf 89 Sitze hoch. Wer mit den Eigenheiten des französischen Wahlsystems nicht vertraut ist, könnte die Dimension dieses Erfolgs der Rechtsaußen-Partei unterschätzen. Aus der Ferne betrachtet könnte man sich sagen: mit 89 Mandaten liegt das RN deutlich hinter der Linksunion.

Aber die Linksunion besteht aus einem Bündnis zwischen vier, weiterhin eigenständigen und einigermaßen unterschiedlichen Parteien. Dabei gelangte die stärkste dieser vier linken Einzel-Parteien, die LFI von Melenchon auf 75 Mandate, also weniger als das RN von Le Pen im Alleingang einfuhr. Diese vier Parteien der Linksunion bilden keine gemeinsame Fraktion, sondern verfügen nur über ein gemeinsames Koordinationsgremium. Der nachträgliche Vorschlag von Melenchon, sich zu einer einzigen Fraktion zusammenzuschließen, wurde von der SP, der KP und den Grünen umgehend verworfen. Somit bildet nunmehr die Partei von Marine Le Pen die mandatsstärkste Einzel-Fraktion der Opposition.

Vor allem aber, und darin liegt die eigentliche Sensation, erwies sich das französische Wahlsystem, das in der Vergangenheit für die Rechtsaußen-Partei eine enorme Hürde dargestellt hatte, diesmal in erschreckend vielen Fällen als wirkungslos angesichts des Vormarsches des RN.

In Frankreich wird in zwei Durchgängen abgestimmt, sofern im ersten Wahlgang keine Partei auf Anhieb die absolute Mehrheit erringt. Pro Wahlkreis wird jeweils nur ein einziger Mandatssitz vergeben, wofür im zweiten Wahlgang eine relative Stimmenmehrheit genügt. Alle übrigen Stimmen, die nicht an den Abschluss-Sieger gingen, zählen nicht, auch wenn sie, zusammengerechnet eine Mehrheit darstellen mögen. Ein Reststimmungsverfahren gibt es nicht. Das bedeutete bisher, dass die Partei von Le Pen, die nur sehr selten Absprachen mit anderen kandidierenden Kräften zustande brachte, sehr geringe Erfolgsaussichten auf einen Mandatssieg im zweiten Wahlgang hatte. Deswegen waren das „Rassemblement national“ bzw. das „Front national“ (wie die Rechtsaußen-Partei ursprünglich hieß) im Parlament bisher deutlich unter ihrem wirklichen Stimmenanteil vertreten.

Das Siechtum der „Republikanischen (Abwehr-)Front“

Darüber hinaus galt zwecks Abwehr der Rechtsaußen-Partei die längste Zeit seitens der meisten übrigen Parteien das Prinzip der „Republikanischen Front“. Das bedeutete, dass in den meisten Fällen, in denen ein Kandidat der Rechtsaußen-Partei im ersten Wahlgang in Führung ging, nachhinkende Kandidatinnen oder Kandidaten des demokratischen Parteienspektrums auf ihre eigene Kandidatur im zweiten Durchgang verzichteten und ihren Wählern mehr oder weniger explizit empfahlen für die besser gereichte nicht-rechtsradikale Partei zu stimmen (auch wenn man noch knapp zuvor mit dieser nunmehr bevorzugten Partei heftig gerungen hatte).

So war es die längste Zeit üblich, dass die Sozialisten, wenn sie nur drittgereicht aus dem ersten Wahlgang hervorgegangen waren, im zweiten Wahlgang gar nicht mehr antraten und ihre ursprünglichen Wähler dazu aufriefen, für ihre konservativen Rivalen zu stimmen. Wenn auch mit spektakulären Unterbrechungen und Ausnahmen galt diese Tradition auch umgekehrt: also Konservative zogen sich zugunsten bessergereichter Sozialisten zurück.

Aber dieser Damm gegen Rechtsaußen hatte in den letzten Jahren immer größere Lücken aufgewiesen, sowohl auf Seiten der kandidierenden Politiker als auch bei den betroffenen Wählern. Bei den Präsidentenwahlen gab es zwar noch einmal ein spektakuläres Aufflackern dieses Anti-Le Pen-Reflex. Das war umso beachtlicher, als sich der Linkstribun Jean-Luc Melenchon vor der Stichwahl zwar GEGEN eine Stimmabgabe für Marine Le Pen ausgesprochen hatte, aber nicht zu einer Stimmabgabe FÜR ihren Kontrahenten aufgerufen hatte.

Der Dambruch kam dann bei der Parlamentswahl. Die von Macron im Mai, nach der Präsidentenwahl, ernannte neue Premierministerin Elisabeth Borne hatte in einer ersten Erklärung vor der Parlamentswahl die Bewegung des Linkstribuns Melenchon mit der Partei von Le Pen gleichgesetzt und sich für eine Weder-Noch-Haltung im Fall Zweikämpfen zwischen diesen beiden „extremen Kräften“ ausgesprochen. In über der Hälfte der Fälle, in denen die Partei von Macron im ersten Wahlgang ins Hintertreffen geraten war, und eine Stichwahl zwischen dem RN und der Linksunion anstand, hatten die Kandidaten von Macron es vermieden, zur Stimmabgabe gegen die Partei von Le Pen im zweiten Wahlgang aufzurufen.

Aber auch auf Seiten der im ersten Wahlgang abgeschlagenen Kandidaten der Linksunion hatten nur ein Drittel eine Erklärung abgegeben, die sich gegen die Rechtsaußen-Partei in der Stichwahl richtete. Bei den abgehängten konservativen Kandidaten waren derartige Anti-RN-Empfehlungen noch seltener.

„Dambruch“ auch im neu gewählten Parlament

Dieser bei den Wahlen erfolgte Dambruch gegenüber der Partei von Le Pen setzte sich inzwischen bei der Verteilung von wichtigen Posten in der frisch gewählten Nationalversammlung fort: das RN stellt nunmehr zwei (von insgesamt sechs) Vizepräsidenten des französischen Unterhauses – nicht zuletzt dank der Unterstützung der konservativen Republikaner aber auch durch Hilfe aus den Reihen des Regierungslagers.

Allerdings stellt sich die Frage, inwieweit das Ausbleiben von Anweisungen der Parteiführungen an das Wahlvolk, gegen die Partei von Le Pen zu stimmen, deren Durchbruch bei diesen Parlamentswahlen in relevantem Ausmaß gemindert hätte. Der Anteil der Wähler, die noch auf die Empfehlungen von Parteiführungen hören, wird immer spärlicher.

Jedenfalls konnte das RN von Le Pen bei Stichwahlen gegenüber der Partei von Macron in 108 Wahlreisen 53mal siegen, gegenüber der Linksunion in 60 Wahlkreisen 33mal siegen und gegenüber den Konservativen in 31 Wahlkreisen zweimal siegen. Daraus kann geschlossen werden, dass der zusätzliche Wählerstrom für die Rechtsaußen-Partei bei Stichwahlen nicht ausschließlich, aber vor allem aus den Reihen der Wähler der konservativen Partei „Les Republicains“ kam.

Selbst Marine Le Pen wurde von diesem Durchbruch überrascht. Die Nationalpopulistin hatte sich nach der Präsidentenwahl aus dem politischen Geschehen anfänglich zurückgezogen und schließlich einen eher unauffälligen Wahlkampf geführt. Obendrein hatte sie ihren Anhängern sinngemäß erklärt, man könne diese Parlamentswahlen abschreiben, weil der Sieg von Macron bei den Präsidentenwahlen den Sieg seiner Partei bei den anschließenden Parlamentswahlen, angesichts des französischen Wahlsystems, zwangsläufig nach sich ziehen würde. Zum Schluss ihrer Kampagne erklärte Marine Le Pen die Erringung von 60 Mandaten zu ihrem Wunschziel.

Die Rekord-Wahlenthaltung, eine generationelle und soziale Pyramide

Die Meinungsforscher hatten die Erfolgchancen des RN ebenso unterschätzt. Alle wurden in ihren Fehlvoraussagen durch die absehbare extrem hohe Wahlenthaltung bestärkt. Diese betrug im zweiten Wahlgang fast 54 Prozent. Wobei Personen mit höheren Einkommen, höheren Bildungsabschlüssen und in höherem Alter sich weit überdurchschnittlich an den Wahlen beteiligen. Während umgekehrt Wahlberechtigte mit niedrigeren Einkommen, weniger Schulbildung und in mittlerem und jüngerem Alter weitaus häufiger den Urnen fernbleiben. Die Abkoppelung der jüngeren Generationen aus dem Politgeschehen in Frankreich ist inzwischen ein chronisches Phänomen, das von Wahl zu Wahl extremere Ausmaße annimmt: diesmal enthielten sich 70 Prozent der 26 bis 34-Jährigen und sogar 75 Prozent der unter 25-Jährigen.

Bei den jüngeren Generationen, also bis etwa 24 Jahren, neigen laut Meinungsforschern, rund die Hälfte zur Bewegung des Linkstribuns Melenchon. Auch die Partei von Marine Le Pen ist in jüngeren Altersgruppen und vor allem knapp darüber, also bei den 30 bis 45-Jährigen, überdurchschnittlich populär.

Der von Jean-Marie Le Pen gegründete „Front national“ und die später von seiner Tochter Marine Le Pen in „Rassemblement national“ umbenannte Partei ist bei den Berufsgruppen mit geringerem Einkommen, namentlich den Arbeitern und weniger qualifizierten Angestellten schon seit über drei Jahrzehnten kontinuierlich überrepräsentiert – mit Ausnahme der Arbeiterfamilien mit Migrationshintergrund.

Der überdurchschnittliche Hang zur Wahlenthaltung in diesen Alters- und Sozialgruppen macht das trotzdem eingetretene erfolgreiche Abschneiden vor allem des RN und in geringerem Ausmaß auch der Linksunion zu einer Art von „soziologischen Rätsel“, wie es ein Meinungsforscher formulierte.

Freilich hatte es deutliche Vorzeichen für den Erfolg der Rechtsaußen-Partei gegeben. Dazu zählten nicht nur die über 41 Prozent, die Marine Le Pen bei der Stichwahl gegenüber Macron errungen hatte. Marine Le Pen und ihr engster Rivale, Eric Zemmour, der sie in seinen Erklärungen rechts noch weit übertraf, hatten bereits im ersten Durchgang der Präsidentenwahl zusammengerechnet 30 Prozent der Stimmen erhalten.

Der nunmehrige Vormarsch des RN äußerte sich nicht zuletzt in seiner geographischen Ausdehnung. Man kann zwar nicht von einer gleichmäßigen landesweiten Ausbreitung sprechen, und in fast allen bedeutenden städtischen Gebieten bleiben die Nationalpopulisten deutlich im Hintertreffen. Aber die Partei von Le Pen ist nicht mehr auf ihre langjährigen Bastionen beschränkt, also bisher hauptsächlich im Südosten Frankreichs entlang der Mittelmeerküste und in den ehemaligen, abgewirtschafteten Industrie-Revieren im Osten und vor allem im Norden Frankreichs. Bei den jetzigen Wahlen gelang es den Nationalpopulisten sich auf halb-ländliche Gebiete im Westen Frankreichs auszudehnen. Soziologen sprechen von einer „Diagonale der Leere“, die sich von der Atlantikküste um Bordeaux ins Landesinnere erstreckt, und wo es an Arbeitsplätzen, öffentliche Einrichtungen und medizinischer Versorgung besonders mangelt, und wo viele Arbeitnehmer und Selbstständige, die vormals links wählten, abgehängt und unverstanden fühlen.

Der Industrieverfall erzeugte eine neue sozialgeographische Lagerbildung

Darin liegt ein Schlüssel zum Verständnis der neuen sozialgeographischen und folglich politischen Lagerbildung, die sich in Frankreich in den letzten Jahrzehnten herausgebildet hat. Der Politologe Jerome Fourquet spricht vom Ende der althergebrachten Gliederung in ein, wenn auch breit gefächertes linkes und ein bürgerlich-konservatives Lager. Fourquet und eine Reihe weiterer Politikwissenschaftler machen diese Entwicklung am krassen Niedergang der traditionellen Parteien des linken und bürgerlichen Spektrums fest.

An deren Stelle ist eine neue tiefgehende Spaltung getreten, und zwar zwischen so genannten „Optimisten“, die die globale Wirtschaftsentwicklung als positiv oder zumindest nicht durchwegs als Bedrohung erleben, und den abstiegsgeplagten „Pessimisten“. Diese Spaltung ist teilweise auch sozialübergreifend und vielfach regionalgestützt.

Die „Pessimisten“ sind schon seit einiger Zeit massenweise der nationalistisch-autoritären Versuchung durch Le Pen erlegen oder haben sich in die Wahlenthaltung verflüchtigt. Das ist eine direkte Folge des Niedergangs der alteingesessenen Industrien und ihrer halbwegs stabilen Arbeits- und Kräfteverhältnisse.

Frankreich gehört zu jenen westeuropäischen Staaten, in denen die Industrie in besonders radikaler Weise schrumpfte: zuletzt betrug der Anteil der

Industrie am Brutto-Inlands-Produkt bloß 12,4 Prozent. Zum Vergleich: in Deutschland liegt dieser Anteil der Industrie noch bei über 20 Prozent, in Österreich bei fast 29 Prozent.

Der Niedergang der traditionellen Linksparteien und der Aufstieg von Le Pen

Die traditionellen Linksparteien, die unter den Beschäftigten der Industrie und in ihren umliegenden Gebieten verankert waren, vermochten diesen Niedergang nicht aufzuhalten und verloren damit auch ihre Gestaltungskraft und Glaubwürdigkeit bei einem Großteil ihrer Anhängerschaft.

Dass Frankreich im Rahmen des gegebenen europäischen und internationalen Wettbewerbs gegenüber seinen wichtigsten Handelspartnern zusehends ins Hintertreffen gerät, diesbezüglich bietet auch das „Rassemblement national“ keine wie immer geartete schlüssige Antwort. Aber so genau wollen das die zornigen Wähler von Le Pen auch gar nicht wissen.

Das anfängliche Erfolgsrezept von Macron

Die oben erwähnten „Optimisten“ strömten wiederum zu Macron anlässlich der Präsidenten- und Parlamentswahlen 2017. Macrons Blitzsieg trug seinerseits entscheidend zur Sprengung des herkömmlichen Parteiensystems bei: er entriss damals etliche linksliberale Wähler und Politiker den Sozialisten und verstand es gleichzeitig auch einen relevanten der bürgerlichen Mitte, dem die konservativen „Republikaner“ zu altbacken und rechtslastig erschienen, für sich einzunehmen.

So eroberte Macron in Windeseile fast alle urbanen Zentren und Ausläufer im ländlichen Raum. Er punktete unter ambitionierten Jungbauern und eroberte Teiles Westfrankreichs, namentlich die Bretagne, wo eine späte sozialdemokratische Prägung mit sozialkatholischen Wurzeln spürbar ist und stellenweise ein Netz an jüngeren und dynamischen Wirtschaftsinitiativen funktioniert.

Die Wiederauferstehung des linken Blocks unter radikaleren Vorzeichen

Zwischen den soeben beschriebenen beiden Lagern, also den überwiegend nach rechtsaußen abdriftenden „Pessimisten“ und den „Optimisten“, die Macron 2017 ans Ruder gebracht hatten, konnte sich bei den jetzigen

Parlamentswahlen die Linksunion als stärkstes Oppositionsbündnis in der Nationalversammlung etablieren. Das ist dem strategischen Geschick und Charisma von Jean-Luc Melenchon geschuldet, der dem Wunsch etwa eines Drittels der Bevölkerung nach einer sozialpolitischen und ökologischen Wende unter Vermeidung der nationalistischen Irrungen Ausdruck verlieh.

Bezeichnenderweise hörte man diesmal kaum mehr Befürworter Macrons aus der Kultur- oder Forscherszene. Einer seiner auffälligsten ursprünglichen Weggefährten, der Spitzenmathematiker Cedric Villani, der für Macrons Partei als Abgeordneter im Parlament saß, ging jetzt für die Linksunion ins Rennen.

Daniel Cohn-Bendit, anfänglich einer der ersten und engagiertesten Unterstützer Macrons, veröffentlichte zwar gemeinsam mit dem einstigen, linksökologischen Bauernführer, José Bové, eine heftige Schelte für die Grünen, weil diese in das Bündnis mit der LFI eingestiegen waren. Cohn-Bendit und Bové geißelten den national-souveränistischen Anti-EU-Kurs der Bewegung von Melenchon. Aber beide, Cohn-Bendit und Bové, werden unter den engagierten Linken, die den jüngeren Generationen in Frankreich angehören, kaum mehr wahrgenommen. Obendrein ließ auch Cohn-Bendit bei Medienauftritten zuletzt eine gewisse Enttäuschung gegenüber Macron durchblicken.

Hinter der Linksunion scharten sich zwar eine Reihe von Sozial- und Wirtschaftsforschern, es handelte sich aber durchwegs um Personen, die im Ausland weniger bekannt sind. Auf zwei Ausnahmen, weil auch jenseits Frankreichs prominent, sei hier verwiesen: Der Wirtschaftswissenschaftler Thomas Piketty, der 2014 mit seinem Bestseller „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ weltweites Aufsehen erregte. Piketty beteiligte sich am wissenschaftlichen Beirat der Bewegung von Melenchon und befürwortete die von der LFI geforderte steuerpolitische Wende. Und die Schriftstellerin Annie Ernaux, stets eine engagierte linke Feministin, nahm wiederum sehr deutlich zugunsten der LFI Stellung.

Wie eingangs erwähnt, stützt sich dieses Lager der Linksunion vor allem auf die größeren urbanen Zentren, wo die sozialökologisch sensibilisierte Mittelschicht den Ton angibt. Es verfügt auch über Ausläufer unter Aktivisten mit migrantischen Vorfahren in engeren Vororte-Gürteln aber schwächelt im Speckgürtel und den kleineren, verarmten Provinzstädten.

Die Warnungen von Francois Ruffin

Francois Ruffin, eine der bemerkenswertesten Persönlichkeiten der LFI, unterstrich kürzlich in einem Interview in „Le Monde“ diese Schwäche. „Wir dürfen nicht zur Linken der Metropolen gegen die Konservativen und extreme Rechte der Kleinstädte und Felder werden“, warnte Ruffin der bei der Parlamentswahl in einem verarmten, halb-ländlichen und halb-ex-industriellen Departement in Nordfrankreich mit 57 Prozent eine RN-Kandidatin besiegt hatte.

Ruffin hatte zwar nie mit seiner heftigen Gegnerschaft zu Macron, dem aus seiner Sicht Repräsentanten der „Oligarchie“, gespart. Er ließ aber auch gegenüber dem Kurs von Melenchon punktuell immer wieder eine gewisse Distanz durchblicken. Aufsehen erregte er unter anderem, als er sich weigerte an der Seite von Melenchon an einem „Marsch gegen die Islamophobie“ teilzunehmen. Die Demo gipfelte dann auch in „Allahu akbar“-Sprechchören, also dem Bekenntnis-Ruf der Dschihadisten bei ihren Anschlägen. In dem Gespräch mit „Le Monde“ ortete Ruffin, so nebenbei, auch eine gewisse Unterschätzung von Seitens der LFI der Alltags-Belästigungen, Einschüchterungen und Sicherheitsprobleme, die die Bewohner von Arbeitersiedlungen plagen können.

Liberal-sozial, sozial-liberal oder linksalternativ?

Um auf Macrons Erfolg von 2017 zurückzukommen: Damals konnten soziale Kategorien und weltanschauliche Strömungen mit teilweise ziemlich unterschiedlichen Erwartungshaltungen auf Macron ihre jeweiligen Vorstellungen projizieren. Das galt anfänglich vor allem für Wähler und einige besonders pragmatische Politiker aus den Reihen der Sozialisten. Im Ausland war das linksliberale Image von Macron noch um einiges wirkträglicher, man denke nur an Jürgen Habermas, der dem jungen französischen Staatschef bescheinigte, er wäre der Hoffnungsträger der europäischen Linken.

Man kann nicht behaupten, dass Macron bei seinen programmatischen Ankündigungen während der Wahlkampagne diesen Projektionen wirklichen Vorschub leistete. Es war eher so, dass Macron, als vormaliger Wirtschaftsminister unter dem sozialistischen Staatspräsidenten Francois Hollande von vielen moderaten Linkswählern als einer der ihren eingestuft wurde. Macron hatte allerdings bereits in seiner Funktion als Minister der letzten SP-Regierung das Arbeitsrecht in einer Weise zu lockern begonnen, die für französische Verhältnisse ungewöhnlich war, und die den Furor der meisten Gewerkschaften und der aktivsten, jungen Linken auslöste.

War das also ein Missverständnis in den Reihen jener Linkswähler, die Macron in seinen Bann zog? Diese Frage ist wichtig, gerade weil sie noch immer von vielen Leuten, die sich genuin „links“ verorten, vorsorglich umgangen und ausgeblendet wird, obwohl sie ins Zentrum der aktuellen politischen Lagerbildung in Frankreich gerückt ist.

Eher liberal-sozial orientierte Wähler und Kommentatoren haben in diesen Lockerungsmaßnahmen eine Chance gesehen, die Bereitschaft von Unternehmern zu Investitionen und Anstellungen zu erhöhen, und damit die lange Zeit chronisch hohe Arbeitslosenrate Frankreichs, vor allem im Bereich der bildungsmäßig weniger gut aufgestellten, jüngeren Bevölkerungskategorien zu erhöhen.

Bei Macrons Reformen standen drei Punkte hervor: mehr innerbetriebliche Übereinkünfte im Bereich der Gehälter und Arbeitszeit-Gestaltung, die stellenweise branchenweise Vorgaben unterlaufen können. Die zumindest theoretisch einvernehmliche und daher leichtere Auflösung von Anstellungsverhältnissen. Eine Höchstgrenze für Entschädigungen für Gekündigte, die vor paritätisch besetzten Arbeitsgerichten einen Schuldspruch ihres Arbeitgebers erwirken konnten. Als Kompensation für diese unternehmerfreundlichen Maßnahmen sollte der Staat für einen erleichterten Zugang zu sozialen Überbrückungshilfen und einem Großaufgebot an Umschulungsmöglichkeiten sorgen.

Weiter links verortete Meinungsträger interpretierten diese Vorstöße bloß als eine zielstrebige Aushebelung der fundamentalsten Errungenschaften des französischen Arbeitsrechts.

Eine durchwachsene Bilanz

Eine Bilanz fällt umso schwerer als sich, je nach beruflichem Werdegang, Erwartungshaltung und sozial-geographischen Rahmenbedingungen sehr unterschiedliche Anschauungsweisen ergeben.

Rein statistisch sank unter Macron die Arbeitslosenrate (gemäß den in der EU geläufigen Kriterien) von der langjährigen etwa Zehn-Prozent-Latte auf rund sieben Prozent. Die Jugendarbeitslosigkeit (bei der die Zahl der beschäftigungslosen unter 25-Jährigen, die in keinem Ausbildungsverhältnis stehen, erhoben wird) ging noch drastischer von über 20 auf unter 16 Prozent

zurück. Macron kann auch auf einen erstmals sprunghaften Anstieg der Lehrstellen (auf zuletzt eine Million) verweisen, für die er aber auch großzügige Zuwendungen an die Arbeitgeber (zwischen 5000 und 8000 Euro pro Lehrstelle) locker machte.

Allerdings dürfte eine vermutlich hohe Zahl von Personen den Angeboten total inkompetenter, wenn nicht gar betrügerischer Betreiber von Pseudo-Berufsbildungskursen, die die staatlichen Subventionen systematisch abschöpften, auf den Leim gegangen sein. Das großzügig angelegte Umschulungs- und Qualifizierungsangebot dürfte insofern auch in eine beträchtliche Vergeudung öffentlicher Gelder ausgeartet sein.

Zu einem herausragenden Merkmal der ersten Amtsperiode Macrons wurden auch eine steuerpolitische Wende zugunsten der Unternehmer, Kapitaleigner und einkommensstarken Gruppen.

Im EU-Vergleich mutet das nicht besonders einschneidend an: so senkte Macron die Körperschaftssteuer von über 33 Prozent auf den auch in Österreich geltenden 25 Prozent. Die ursprünglich in Frankreich geltende „Solidaritätssteuer für Großvermögen“, die ab 1,3 Millionen Euro anfiel und die auch vormalige bürgerliche Regierung nicht zu kippen wagten, wurde von Macron zum Teil abgeschafft (in den meisten EU-Staaten gibt es keine vergleichbare Vermögenssteuer). Macron beschränkte diese Steuer auf Immobilienbesitz. Für Kapitalerträge führte er eine generelle dreißig prozentige Flattax ein.

Spätestens ab da handelte sich Macron den Ruf des „Präsidenten der Reichen“ ein. Dieses Image verfestigte Macron auch noch durch Sprüche, die auf eine ziemlich unverfrorene Klassen-Arroganz schließen ließen.

Einer der umfassendsten Wohlfahrtsstaaten, der trotzdem stockt

Der französische Wohlfahrtsstaat liegt zwar noch immer laut OECD weltweit im Spitzenfeld bei Umverteilung durch Steuerpolitik und im Bereich der Armutsbewahrung. Dieser reale Vorteil Frankreichs reicht aber nicht zur Befriedigung des wachsenden Anteils der Bevölkerung, der sich, nicht zuletzt gegenüber der Generation der Eltern und erfolgreicherer Schichten in den urbanen Zentren, beruflich destabilisiert und einkommensmäßig deklassiert sieht.

Wie bereits erwähnt, hat Macron genau diese Schichten, die hauptsächlich in der zersiedelten, weiteren Peripherie der Großstädte sowie im ländlichen Raum (ohne deswegen Bauern zu sein) wohnen, gegen sich aufgebracht. Sein Rezept lautete, im Anschluss an alle seine rechts- und linksliberalen Vorgänger, die Staatsverwaltung, den öffentlichen Dienst im Allgemeinen und das Spitalswesen im Besonderen abzuschlacken, um diese Einrichtungen, so das erklärte Ziel, effizienter zu gestalten. Vor allem aber sollten diese Einsparungen die steuerlichen Erleichterungen für Unternehmer ermöglichen, um Frankreich als Industriestandort wieder attraktiver machen.

Bei der Behördeneffizienz kam quasi nichts weiter, in den Spitälern gab es einen fürchterlichen Aderlass an Betten und inzwischen auch an Beschäftigten. Bei der Neuankurbelung der Industrie verzeichnete Macron erste Resultate, die sich aber noch nicht in Wettbewerbserfolgen niederschlugen. So erreichte das Außenhandelsbilanzdefizit im Vorjahr, also noch vor dem Krieg in der Ukraine und seinen Folgen, ein Rekordniveau von über 84 Milliarden Euro (zum Vergleich: im selben Jahr erzielte Deutschland einen Exportüberschuss von fast 173 Milliarden Euro).

Politisch trieb er ein besonders breites Spektrum von Gegnern auf die Barrikaden, namentlich während der monatelangen Aufstands-Bewegung der „Gelbwesten“.

Die aufgestiegene urbane Bevölkerung als Feindbild der Peripherie

Wie in den meisten übrigen westlichen EU-Staaten kam es in Frankreich zur enormen Verbreiterung und dem Aufstieg einer hoch qualifizierten, hoch diplomierten neuen, vor allem urbanen Mittelschicht. In der Dienstleistungsbranche, in der Finanz, den diversesten Start-Up-Firmen, der kreativen Technologien hat Frankreich einen relativ guten Stand. Aber diese Erfolge haben bisher nicht in relevantem Ausmaß auf die sozial absteigenden, weniger qualifizierten Schichten und abgehängten Regionen ausgestrahlt. Während die aufgestiegene, erfolgreiche urbane Schicht für die wirtschaftlich stagnierenden oder abdriftenden Sozialkategorien zum Hassobjekt und Feindbild geworden.

In diesen urbanen Kategorien hatte Macron, wie bereits dargestellt, 2017 seine größten Erfolge verzeichnet. Aber ein Teil dieser so genannten „Optimisten“ ist unterdessen von Macron wieder abgedriftet, weil auch ihnen seine Bilanz im Bereich der Ökologie und Klima-Politik zu durchwachsen bis

enttäuschend erschien, und weil er seinen sozialen, gesellschaftlich ausgleichenden Impetus, auch aus deren, weitgehend verloren hat.

Deswegen schrumpfte die Unterstützung für die Parteien-Allianz von Macron bei diesen Parlamentswahlen auch in dem wohlständigen und unternehmerisch aktiven Schichten tendenziell auf einen Kern älterer Wähler (die sich allerdings überdurchschnittlich an den Wahlen beteiligen) zusammen. Insofern spiegelt sich im Verlust der absoluten Parlaments-Mehrheit für Macron auch der Verlust seiner vormaligen sozialen Basis.

Dem war ein kontinuierlicher Aderlass unter den vormaligen Pro-Macron-Aktivisten vorausgegangen, der seine Partei vielfach in eine leere Hülse verwandelte. Den übrig gebliebenen Parteikadern fehlte der Elan und griffige Anleitungen zur Argumentation. Die Kandidaten des Regierungslagers präsentierten sich vor allem als hyperpragmatische Amtsträger Amtsanwärter, die zwar ihre Zugehörigkeit zum Lager des Staatschefs als Vorteil präsentierten, dabei aber die – unpopuläre – Persönlichkeit von Macron in den Hintergrund rückten. Deswegen bemühte sich Macron auch, die Kampagne für die Parlamentswahlen defacto zu überspringen, indem er mit Wahlkampfauftritten sparte.

Macrons Überlebenstaktik

Mag sein, dass eine von Macron ernannte erweiterte Regierung trotz des Verlusts der absoluten Parlamentsmehrheit eine Zeitlang über die Runden kommt. Macrons Überlebenstaktik besteht in der Hoffnung auf mehr oder weniger konsistente Absprachen mit einem Teil der ebenfalls abgesackten konservativen Republikaner einerseits, und einigen linksliberalen und regional-autonomistischen Abgeordneten (die sich der Linksunion unter Melenchon nicht angeschlossen haben) andererseits.

Aber die Schwäche des Rückhalts in der Bevölkerung für Macron wird umso offensichtlicher, wenn man den Stimmenanteil der radikalen Rechts- und Linksopposition zusammenrechnet und dann noch mit den 54 Prozent Wahlberechtigten addiert, die nicht zu den Urnen gingen. Das sind nicht die besten Voraussetzungen für die bevorstehenden schweren, um nicht zu sagen existentiellen ökonomischen Belastungsproben, die die Auseinandersetzung mit Putin unweigerlich heraufbeschwört.